

VDIK drängt auf Umsetzung des Regierungsprogramms

Elektromobilität

Der Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller (VDIK) hat eine rasche Umsetzung des Regierungsprogramms zur Elektromobilität gefordert. Angesichts des angestrebten Ziels von einer Millionen Elektrofahrzeuge bis zum Jahr 2020 falle die derzeitige Bilanz von rund 4500 zugelassenen Fahrzeugen mit E-Antrieb „eher ernüchternd“ aus, teilte der Importeursverband mit.

„Diese Zahl macht sehr deutlich, dass der durchschnittliche Autokäufer bisher das Elektroauto als Alternative noch nicht entdeckt hat. Der VDIK fordert daher die rasche Umsetzung der im Regierungsprogramm Elektromobilität bereits im Jahr 2011 formulierten Maßnahmen“, sagte VDIK-Präsident Volker Lange. Insbesondere die Verlängerung der Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge auf zehn Jahre und der Nachteilsausgleich im Bereich der Dienstwagenbesteuerung müssten schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden. Dabei dürfe keinesfalls die im Regierungsprogramm getroffene Begriffsbestimmung des Elektrofahrzeuges durch eine spitzfindige Formulierung der jeweiligen Gesetze eingeschränkt werden. Neben reinen Elektrofahrzeugen müssten auch Plug-in-Hybrid- und Range-Extender-Fahrzeuge sowie Fahrzeuge mit Brennstoffzellenantrieb in den Genuss der Steuererleichterungen kommen, verdeutlichte Lange.

Der VDIK hatte bereits im Jahr 2010 darauf hingewiesen, dass die vorwiegend durch die Batterien verursachten Mehrkosten zumindest in einer Anlaufphase durch direkte Fördermaßnahmen ausgeglichen werden müssen.

„Private und ganz besonders gewerbliche Kunden werden sich nur für den Kauf eines Elektrofahrzeuges entscheiden, wenn dessen Gesamtkosten auf dem Niveau herkömmlicher Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor liegen. Ohne eine entsprechende Anschubfinanzierung durch die Bundesregierung wird das Ziel, eine Million Elektrofahrzeuge bis 2020 auf Deutschlands Straßen zu haben, nicht erreicht werden können“, stellte der VDIK-Präsident fest. (ampnet/jri)